Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 306. Donnerstag den 2. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Veränderung der Hauptschleuße des **Naundörfchens** wird dasselbe vom **Montage, den 6. dieses Monats** ab auf die Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 1. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Herren Julius Leo Piepenbring in Hagen, Wilhelm Wagner in Leipzig und Ernst Rudolf Luther, ebenfalls hier, Inhaber der Firma Piepenbring & Co. in Leipzig, beabsichtigen in dem an der Dörrienstraße unter Nr. 2/3 gelegenen Grundstücke Nr. 1638a des Flurbuchs und Fol. 2252 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig eine Roßhaarspinnerei zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 27. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Die **Bauarbeiten** für Erweiterung der hiesigen Stadtfernsprecheinrichtung sollen mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit am 15. November eingestellt werden.

Bis zum 6. November eingehende Anträge auf Herstellung von Verbindungen werden, soweit freie Leitungen zur Verfügung stehen, voraussichtlich noch berücksichtigt werden können.

Leipzig, den 30. October 1882.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Arbeiter **Fritz Meier** aus Zörbig, zuletzt in Halle a/S., welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängniß zu Halle a/S. abzuliefern.

Halle a/S., den 25. October 1882.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung. Alter: 24 Jahre. Statur: mittel. untersetzt. Haare: dunkel. Nase: gewöhnlich. Gesicht: oval. Bart: langer Schnurrbart, braun. Mund: gewöhnlich. Gesichtsfarbe: gesund. Kleidung: Rock, Hose und Weste von dunkelblauem Stoff, schwarzer niederer Filzhut mit breiter Krempe, Stiefeletten, schwarzer Shlips, schwarz und rothes Taschentuch, braunwollenes, buntgestreiftes Hemd mit zwei neuen Flicken.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Lohgerbers **Karl Zilling** in **Sandersleben** wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 13. October 1882 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 30. October 1882 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Sandersleben, den 30. October 1882.

Herzogliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Anarchisten in Frankreich.

Die Ereignisse von Monceau-les-Mines sind nur eine schwache Einleitung dessen, was bevorsteht, wenn das, was die Genfer Anarchisten beabsichtigen, zur That wird. Die französische Regierung ist angeblich im Besitz der sämmtlichen Fäden einer Verschwörung, welche von Genf aus gegen die Sicherheit und den Bestand des französischen Staatswesens gerichtet ist. Duclerc hatte am 28. October eine Unterredung mit dem schweizerischen Gesandten Kern über die revolutionären Umtriebe in der Schweiz. **Danach** zeigt sich die Regierung in Bern der Vornahme einer Untersuchung geneigt, findet aber die verbreiteten Gerüchte übertrieben. Diese Auffassung ist Sache der Schweizer Regierung; ob sie mit den Thatsachen übereinstimmt, ist eine andere Frage. Es erscheint sehr beachtenswerth, daß die Bewegung in den verschiedensten Theilen Frankreichs zu gleicher Zeit zum Ausbruch kommt, in den Kohlenbergwerks-Districten der Saône, in Lyon und in Paris. In beiden Städten haben Zweigcomités der Anarchisten ihren Sitz, über deren Zusammensetzung die genauesten Berichte vorliegen. Man weiß, daß die Zahl der in Paris wohnenden Mitglieder der Verschwörung 1229 beträgt und daß sie in 57 Abtheilungen getheilt sind. Man weiß, daß von diesen Leuten gefährliche Drohungen ausgehen, welche Brandstiftungen ankündigen und die „Ausbeuter" dem Tode weihen; ja die Frechheit der Anarchisten geht so weit, daß sie Sitzungen halten, in welchen sie die französische und italienische Regierung brandmarken und dem Pariser Gemeinderath gleichzeitig ein Schreiben senden, in welchem sie die Zerstörung seines Sitzungssaales in Aussicht stellen, falls er nicht bald die Eingangsthüren auf Lebensmittel abschaffe. Das Alles läßt die französische Regierung ruhig geschehen, ohne einzuschreiten; sie scheint also abwarten zu wollen, daß die Anarchisten ihre Drohungen ausführen.

Das Einzige, was bisher geschehen ist, um dem Uebel entgegenzuwirken, sind die Verhaftungen der Hauptschreier in Lyon, St Etienne und in Monceau-les-Mines; aber ein Theil der Verhafteten ist bereits wieder vorläufig in Freiheit gesetzt. Das verräth Furcht. Von derselben Empfindung legt die Vertagung des Processes in Châlon-sur-Saône gegen die Mitglieder der Schwarzen Bande Zeugniß ab; man fürchtet sich, Leute in Freiheit zu sehen, die der Mehrzahl nach an den Unruhen im August zweifellos unschuldig sind. Wenn die Angeklagten dann nach zwei Monaten dennoch freigesprochen werden müssen, dann ist um so mehr Grund zur Unzufriedenheit für die Anarchisten vorhanden, dann können sie sich mit Recht über die Willkür der Regierung beklagen.

Außer den Drohungen und Thaten der Anarchisten ist aber noch eine andere Gefahr bevorstehend. 40,000 Tischler in Paris verlangen eine Lohnerhöhung, welche die Arbeitgeber nicht zu bewilligen geneigt sind. Am Sonntag haben sich die Tischler der Vorstadt St. Antoine in Folge eines an den Häusern angeheftenen Aufrufs versammelt, um ihrer Entrüstung über ihre Arbeitgeber Ausdruck zu verschaffen. Die Sprache des Aufrufs ist ungemein heftig und er schließt mit den Worten: „Krieg den Ausbeutern!" Trotzdem wollen die Arbeitgeber nicht nachgeben und am Dienstag sollten alle Tischlerwerkstätten geschlossen werden. Die Gährung unter den Tischlern in Paris ist so groß, daß man Unruhen befürchtet und in Folge dessen sind alle Polizisten in ihren Wachtlocalen und die Truppen in den Kasernen seit dem 27. d. M. consignirt. Die Banquiers erhalten täglich Drohbriefe und die Besorgniß vor den Anarchisten ist so groß, daß viele Privatleute ihre Keller vermauern lassen. Das Elysée und die übrigen öffentlichen Gebäude werden bewacht, weil man Brandstiftungen befürchtet. 40,000 brodlose Tischler wären für die Anarchisten ein sehr willkommenes Material zur Ausführung ihrer Pläne, denn wenn jene auch mit diesen ursprünglich nichts gemein haben, so würden sie sich doch leicht zu Gewaltthätigkeiten hinreißen lassen; deshalb scheinen die Befürchtungen, welche man in Paris hegt, keineswegs grundlos zu sein. Nun fehlt es aber auch nicht an Leuten, welche die ganze Bewegung den Anhängern des Kaiserthums und der legitimen Monarchie Schuld geben, welche glauben, daß beide ihre Sendboten wirken lassen, um die Leidenschaften der Massen aufzuregen. Andere weisen auf Gambetta als auf den Retter aus der Gefahr, aber erfolglos; denn die Mehrzahl lacht darüber.

Daß die Bewegung aber nichts weniger als lächerlich ist, zeigt das Manifest, welches die Genfer Anarchisten in ihren Versammlungen vom 13. und 14. August vereinbart haben. Tasteide hat große Aehnlichkeit mit den Publicationen der russischen Nihilisten, und es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß diese die Hand dabei im Spiele haben. Ein Satz dieses merkwürdigen Schriftstückes lautet wie folgt: „Unser Feind ist der monarchische, der oligarchische, der demokratische und Beamtenstaat mit seinen Beamten, seinen Städen, seinen Officieren, Richtern und Spionen, jeder Autoritätsbegriff, möge man ihn nun Teufel oder Gott nennen, in dessen Namen die Priester so lange die guten Seelen regiert haben." Und schließlich heißt es: „Unsere Aufgabe ist es, das gemeinschaftliche Eigenthum zu erobern und zu vertheidigen, welches auch die Sprache und der Name der Regierung sei, die das Umsturzes bedarf." **Der Zweck der Bewegung** ist also die Aufrichtung des communistischen Staates, in welchem es nur Arbeiter giebt, weder Herrn noch Knecht, weder Beamte noch Geistliche, weder Besitzer noch Besitzlose, weder Autorität noch Gehorsam, nur gleiches Recht.

So radical sind selbst die russischen Nihilisten nicht, denn sie wollen die bestehenden Gewalten nur zu dem Zweck zerstören, um an ihre Stelle etwas Besseres, Gerechteres zu setzen, ja sie haben schon oft genug angedeutet, daß sie auf ihre weitergehenden Absichten vorläufig Verzicht leisten wollen, wenn den Massen eine Verfassung gewährt wird. Die französischen Anarchisten gehen viel weiter, ihnen genügt nicht einmal ein Staatswesen wie die Commune, denn auch diese kennt Gewalten, auch in dieser giebt es Behörden, welche die Ordnung aufrecht erhalten. Nun ist es ja klar, daß die Verfasser dieses tollen Schriftstückes sehr genau wissen, daß an die Ausführung des Programms nicht zu denken ist. Darauf kommt es ihnen auch gar nicht an; sie wollen nur den niederen Leidenschaften der Besitzlosen Nahrung geben und ihre Habgier reizen; es liegt in ihrer Absicht, einen Brand zu entzünden, damit sie sich später zu Herren der Lage machen können. Wenn so etwas in einem despotisch regierten Staate wie in Rußland unter dem Schutze des tiefsten Geheimnisses geschieht, um einem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen, so ist das zu verstehen; daß aber in demokratisch organisirten Staaten, wie in der Schweiz und in Frankreich unter den Augen der gesetzlichen Gewalten, zumal nach den Erfahrungen des Jahres 1871, ungestört und ungestraft solche Umsturzgesellschaften ihr Wesen treiben können, Das ist allerdings nahezu unbegreiflich. Um Das, was in Genf geschieht, bekümmert sich die französische Regierung, aber was in Paris geplant wird, läßt sie widerstandslos geschehen. Nur für den Fall der rohen Gewalt, wenn sie auf die Straße schreitet, gedenkt die Regierung von den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Abwehr Gebrauch zu machen. Durch diesen gänzlichen Mangel an Thatkraft scheint die Republik ihre Unfähigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu beweisen und Denjenigen Recht zu geben, welche das Heil der Zukunft in der Wiederherstellung der Monarchie erblicken. Duclerc sieht der Gefahr rathlos gegenüber und Gambetta hält sich für den Fall der Noth als Retter bereit. Die Legitimisten veranstalten Bankete zu Ehren des Grafen Chambord und schwören, für ihn den Tod zu erleiden. Was wird das Ende dieses tollen Treibens sein?

Leipzig, 2. November 1882.

Auch in fortschrittlichen Blättern finden wir jetzt das Zugeständniß, daß es ein großer Fehler des „entschiedenen Liberalismus" gewesen, sich vollständig mit der schroffsten Freihandelslehre zu identificiren, das Bekenntniß zu dieser zoll- und handelspolitischen Richtung für ein unerläßliches Merkmal eines liberalen Mannes zu erklären und den weiten Kreisen des Volkes, welche der Meinung sind, mäßige Schutzzölle seien für das Gedeihen unserer Industrie und Landwirthschaft zur Zeit heilsam, den politischen Freisinn abzusprechen. Der vorgeschrittenere Liberalismus hat die Folgen dieses einseitigen und engen Standpunctes bei den Wahlen empfindlich genug verspürt. Zahlreiche, an sich liberale Elemente, welche sich mit einer schroffen Freihandelslehre nicht zu befreunden vermögen, wären wahrscheinlich ins conservative Lager gedrängt worden, wenn nicht die nationalliberale Partei seit langer Zeit die Fehlerhaftigkeit des Satzes, daß eine große liberale Partei auf eine bestimmte zoll- und handelspolitische Richtung verpflichtet werden könne, erkannt und dies folgerichtig in ihren Programmen ausgesprochen hätte. Hätte sich nicht die nationalliberale Partei dies Verdienst erworben, so könnte es im weiteren Verlauf dahin kommen, daß ganze ausgedehnte Landestheile dem Liberalismus vollständig entfremdet, derselbe auf eine Anzahl großer Seestädte und Handelsplätze beschränkt würde. Mag man auch geltend machen, daß die Zollfrage mit dem Abgeordnetenhause nichts zu thun hat, dieselbe hat gleichwohl bei den jüngsten Wahlen mächtig mitgewirkt; sie fiel neben der kirchenpolitischen Frage vielleicht am meisten ins Gewicht, und die schroffe Stellung, welche der entschiedene Liberalismus in dieser Frage einnahm, hat ihm und vielleicht dem Liberalismus überhaupt geschadet. Es ist mit Genugthuung zu verzeichnen, daß sich jetzt selbst fortschrittliche Preßstimmen in diesem Sinne vernehmen lassen.

Wenn man die Mitglieder des **neuen preußischen Abgeordnetenhauses** nach der Lebensstellung mustert, so fällt auf den ersten Blick die ungemein starke Vertretung des ländlichen Grundbesitzes auf. Wir zählen nicht weniger als 116 Gutsbesitzer und Landwirthe, denen als Vertreter von Industrie und Handel nur 10 Fabrikanten und 8 Kaufleute gegenüberstehen. Wenn man der neueren wirthschaftlichen Gesetzgebung mitunter den Vorwurf macht, die Interessen von Handel und Industrie mehr im Auge zu haben als diejenigen der Landwirthschaft, so kann wenigstens eine allzu geringe Vertretung der letzteren im Abgeordnetenhause (und im Reichstag ist es nicht anders) daran nicht schuld sein. Nächst dem zahlreichen Heer von Beamten aller möglichen Kategorien, Staats- und Communal-, Verwaltungs- und Justizbeamten ist kein Beruf und Stand so reichlich vertreten wie gerade die Landwirthschaft.

Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Von conservativer Seite wird angekündigt, daß man neben Herrn v. Köller als Präsidenten und einem Klerikalen als erstem Vicepräsidenten, dem Stärkeverhältniß der Fractionen entsprechend, einen Nationalliberalen zum zweiten Vicepräsidenten wählen wolle. In der vorigen Session lehnte die nationalliberale Fraction dieses Anerbieten ab; es wurde die Auffassung vertreten, daß der nationalliberale Vicepräsident als der Repräsentant aller Liberalen im Präsidium zu betrachten sei und daß diese, weil zusammen erheblich stärker als Centrum, Anspruch auf die erste Vicepräsidentenstelle hätten. In Folge dessen vergab die conservativ-klerikale Coalition die zweite Vicepräsidentenstelle an die Freiconservativen. Da das Stärkeverhältniß der Parteien dasselbe wie im vorigen Jahre ist, so dürften sich die vorjährigen Vorgänge wiederholen."

Die „Kreuzzeitung" wird nicht müde, den verhaßten Gedanken der Bildung einer **Mittelpartei**, d. h. einer Mehrheit aus den gemäßigten Elementen von rechts und links zu bekämpfen und auseinander zu setzen, daß die sociale und wirthschaftliche Reformpolitik des Reichskanzlers begin. der kaiserlichen Botschaft nur mit Hülfe der Ultramontanen, nicht aber mit Hülfe der Gemäßigtliberalen durchzuführen sei. Der Eifer und Ernst, womit die hochconservative wie die ultramontane Presse gegen diese einstweilen noch sehr nebelhafte Verbindung ankämpft, beweist jedenfalls, wie sehr eine solche Wendung, welche gegen das Ueberfluthen der Reaction eine gewisse Schutzwehr aufrichten würde, auf jener Seite gefürchtet wird. Geradezu in Wuth geräth der „Reichsbote", wenn er in seinen politischen Betrachtungen auf die Möglichkeit einer Mittelpartei stößt. „Schon fangen die bekannten Mittelpartei-Agitatoren, welche die letzte Landtagsperiode so schwer geschädigt haben, wieder an, einer gesunden, energischen, einheitlichen Politik ihre mittelparteilichen Knüppel in den Weg zu werfen und ihre heillosen Künste zu üben. Das Berliner Organ der freiconservativen Fraction erdreistet sich, der conservativen Partei gegenüber, der Wahrheit ins Gesicht schlagend, zu behaupten: Vielleicht noch niemals ist gerade die deutschconservative Fraction so sehr auf die Autorität der Staatsregierung, insbesondere auf den Namen des Fürsten Bismarck gewählt, wie gerade im verflossenen Wahlkampfe." Für den Geist, der gegenwärtig auf der äußersten Rechten herrscht, sind diese Auseinandersetzungen charakteristisch und lehrreich. Ob dieser Geist die Mehrheit der conservativen Partei beseelt, wird sich erst noch zu zeigen haben, wenn einmal über die Richtung, in welcher der Reichskanzler fernerhin die Politik zu leiten gedenkt, bessere Aufklärung gegeben sein wird als es in Zeitungsartikeln geschieht, deren Ermächtigung und praktische Bedeutung sehr zweifelhaft sind. Die bunge Gesetzgebungsperiode begann unter dem parlamentarisch und politisch bedeutsamen Ereigniß der Verschmelzung der alt- und der neuconservativen Fraction. Vielleicht wird in der neuen Gesetzgebungsperiode diese Fusion wieder rückgängig gemacht.

Von einer im Posenschen ansässigen namhaften Persönlichkeit, die über die Verhältnisse im polnischen Lager besonders gut orientirt ist, erhalten wir eine Mittheilung, nach welcher die polnischen Abgeordneten darauf verzichten dürften, in der neuen Session ihren mehrfach erwähnten „Generalantrag" auf Wiederherstellung der Rechte ihrer Nationalität auf Grund der Zusicherungen der Wiener Congreacte einzubringen. Die Besprechungen, die in dieser Hinsicht unter den Führern der Polen gepflogen worden und von denen selbst deren eigene Presse nicht in Kenntniß gesetzt worden ist, haben unserem Gewährsmann zufolge die Ansicht über die Leidenschaft siegen lassen und die Ueberzeugung befestigt, daß mit jenem Generalantrage nichts gewonnen und alles verloren werden könne. Nur eine Minderheit soll noch immer dafür plaidiren, das Abgeordnetenhaus zum Zeugen eines politischen Spektakelstücks zu machen, denn anders wäre doch wahrlich die völlig zwecklose Debatte über einen aussichtslosen Antrag auf Preisgebung des Deutschthums zu Gunsten der polnischen Nationalität nicht zu benennen.

Von regelmäßig gut unterrichteter Seite erfährt die „N.-Ztg.", daß das Staatsministerium sich über die Nothwendigkeit der Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung schlüssig gemacht, die Genehmigung des Kaisers zu dieser Maßregel erbeten und auch erhalten hat.

Die Nachricht, daß der Botschafter in St. Petersburg, Herr v. Schweinitz, eine Veränderung seiner gegenwärtigen Stellung wünsche, erhält sich fortdauernd. Man führt diese Angelegenheit auf Reibungen in Etiquettenfragen mit dem dem Kaiser Alexander persönlich attachirten Generallieutenant und Generaladjutant v. Werder zurück. Indessen soll auch Generallieutenant v. Werder bereits früher seine Abberufung von Petersburg beantragt haben.

Der rumänische Senat wählte eine Commission zur Feststellung des Entwurfs einer Adresse als Antwort auf die Thronrede. An Stelle des zum Minister ernannten Demeter Sturdza wählte der Senat den General Cernat zum Vicepräsidenten. — Die Deputirtenkammer ist bis jetzt noch nicht beschlußfähig.

Die serbischen Journale machen sich nicht wenig über den in Ungarn wieder aufgetauchten Petöfi-Cultus lustig und weisen unter Anderm darauf hin, daß jene „magyarische" Dichtergröße thatsächlich gar kein Ungar oder Magyare, sondern ein serbischer Renegat, Namens Alexander Petrowitsch und griechisch-orthodoxer Religion gewesen, der das magyarische Pseudonym „Petöfi" sich beigelegt hatte, was seinen gutserbischen Vater, den ehrsamen Schlächter Stefan Petrowitsch, so erzürnte, daß er von seinem zu den Magyaren übergelaufenen Sohne nichts mehr wissen wollte. Auch wird noch des verunglückten Versuches Petöfi's im Jahre 1848 erwähnt, der darin bestand, sich in seiner Heimath als Reichstags-Candidat vorzustellen. Er wurde aber nicht gewählt, sondern erhielt für sein Renegatenthum von seinen slavischen Heimathsgenossen einfach eine Tracht Prügel, die ihn veranlaßte, aus seiner Heimathsgemeinde schleunigst zu verschwinden. Diese und ähnliche interessanten Einzelheiten sind selbstverständlich in den magyarischen Biographien des großen Dichters nicht erwähnt, was aber doch viele Leute in Ungarn nicht hindert, jene Einzelheiten sehr genau zu kennen.

Aus Belgrad wird berichtet, daß in der Wohnung des in Folge des Attentates verhafteten Professors Werkowitsch wichtige Papiere gefunden worden seien, welche auf die eigentlichen Urheber des Mordversuches gegen König Milan sich beziehen sollen, die aber nicht im Königreich Serbien sich befänden. Die beschlagnahmten Papiere sollen geradezu sensationelle Enthüllungen enthalten. Bisher wurden bezüglich des Attentats von der Untersuchungs-Commission in Belgrad zweiundvierzig Zeugen verhört. — Serbische, in Südungarn erscheinende Blätter, welche fast alle gegen die gegenwärtige serbische Regierung oppositionell und exaltadinistisch gesinnt sind, wollen aus Belgrad bereits die Nachricht erhalten haben, daß im Attentatsprocesse gegen Helene Markowitsch die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden soll.

Wie aus Cattaro geschrieben wird, hätte die montenegrinische Regierung mit englischen Waffenfabriken und Gießereien Verträge zur Lieferung von Hinterladungsgewehren und Gebirgsgeschützen abgeschlossen. — Unter der montenegrinischen Bevölkerung ist die Ansicht verbreitet, daß für den nächsten Frühling ein großer südslavischer Krieg bevorstehe.

Aus Warschau wird gemeldet, daß in Brzesc Litewsk dieser Tage eine wichtige russische Militair-Commission zusammentreten wird. Ein höherer militair-technischer Beamter ist daselbst bereits eingetroffen und der Ankunft des Kriegsministers wird stündlich entgegengesehen. Auch aus Warschau begeben sich drei Generale, darunter der Chef des Warschauer Generalstabes, nach Brzesc.

Der „Gazeta Narodowa" wird aus Petersburg gemeldet, daß seitens der russischen Regierung nicht allein die Zurückstellung der dem polnischen Adel confiscirten Güter, sondern die polnische Frage überhaupt angeregt wurde, zu deren durchgreifender Lösung im Interesse Rußlands, dieses die Aufhebung der Güterconfiscation als absolut nothwendig erachte. Es wird noch hinzugefügt, daß seit etwa fünf Wochen wiederholt Ministerberathungen stattgefunden, die ausschließlich die polnische Frage zum Gegenstande hatten. Die Vorschläge und Meinungen, die in diesen Berathungen geäußert wurden, sind unmittelbar darauf dem Kaiser mitgetheilt worden.

Gegenüber der Behauptung des Pariser „Times"-Correspondenten, daß die Mächte dem französisch-tunesischen Vertrage zugestimmt hätten, bemerkt das „Journal de St. Petersbourg", was Rußland angehe, so sei es einzig und allein wegen der Aufhebung der Consulargerichtsbarkeit befragt worden; gegen diese Aufhebung und die Einsetzung französischer Tribunale werde es Nichts einwenden, wenn alle anderen Mächte zustimmen würden.

In Paris herrscht eine gewisse Verstimmung über die einseitige Art des englischen Vorgehens in Kairo. Man vermerkt es mißfällig, daß Frankreich bislang weder bei der finanziellen noch bei der militairischen Reorganisation des Nillandes zu Rathe gezogen worden und hegt den Argwohn, daß England die gemeinsame Autorität der Mächte gegen das Interesse Frankreichs auszuspielen beabsichtige. Es mag dahingestellt bleiben, ob die an der Seine zur Schau getragene üble Laune in Wirklichkeit vorhanden oder nur angenommen ist. Frankreichs Stellung in Tunesien giebt ihm, wenigstens innerhalb gewisser Grenzen, die Macht, sich für etwaige britische Rücksichtslosigkeiten schadlos zu halten — und übrigens fehlt es in den republikanischen Fractionen nicht an Leuten, die, wie Herr Clemenceau beispielsweise, Englands Vorgehen in Egypten für durchaus correct erklären.

Die unentschlossene Haltung des französischen Cabinets gegenüber den Umtrieben der Anarchisten ist für die Regierung des Herrn Grevy zu einer Quelle von Verlegenheiten geworden, welche dem Ansehen der Republik dauernden Schaden zu bringen droht. Bereits tauchen Gerüchte auf, welche die Stellung des Ministeriums erschüttert sein lassen, und obgleich denselben zur Zeit noch alle reale Grundlage ermangelt, so kann doch die Lage nach dem Zusammentritt der Kammern jeden Augenblick eine für Herrn Duclerc sehr bedenkliche Wendung nehmen. Jedenfalls sind die Voraussetzungen, unter denen dem Cabinet die Unterstützung einer verläßlichen Mehrheit für seine Politik gesichert wäre, mehr als zweifelhaft, und schon gleich nach Eröffnung der Kammersession werden demselben harte Prüfungen seiner Lebensfähigkeit nicht erspart bleiben. Zum Gegenstand diplomatischer Erörterungen ist das Auftreten der internationalen Revolutionaire auf französischem Boden einstweilen noch nicht gemacht worden.

Als muthmaßlichen Botschafter Italiens bei der französischen Republik nennt das Gerücht immer zuversichtlicher den bislang in gleicher Eigenschaft am Wiener Hof beglaubigt gewesten Grafen Robilant. Derselbe hat eine lange Unterredung beim Könige Humbert in Monza gehabt, und bringt man dieselbe mit der Pariser Candidatur des Grafen in Zusammenhang. Auf die Behandlung derartiger Angelegenheiten versteht sich der genannte Diplomat, wie seine Wiener Geschäftsführung darthut, meisterhaft, und er dürfte zur Bethätigung seiner persönlichen Eigenschaften gerade in Paris ausgiebig Anlässe finden. Zwischen dem Quirinal und dem Elysée bestehen noch so mancherlei, zwar unausgesprochene, aber auch unausgeglichene Meinungsverschiedenheiten, deren Ausgleich im Interesse beider Staaten gelegen ist, dazu bildet die Herstellung eines äußerlich normalen Verhältnisses eine der hauptsächlichsten Vorbedingungen.